

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter Juni 2020

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Tötung des schwarzen US-Amerikaners George Floyd durch weiße Polizisten am 25.05.2020 in Minneapolis führte in den USA und Europa zu vielen Protestaktionen. In NRW demonstrierten am 06.06. und am 07.06.2020 Zehntausende unter dem Motto „Black lives matter“ gegen Polizeigewalt und Rassismus, um sich einerseits solidarisch mit den Opfern von Rassismus und Polizeigewalt in den USA zu zeigen, zudem aber auch ein Zeichen gegen Rassismus im eigenen Land zu setzen. Dass Flüchtlinge in NRW oft Opfer von rassistischen Attacken werden, zeigen u. a. die Antworten der Landesregierung auf die regelmäßigen Anfragen zu flüchtlingsfeindlichen Straftaten im Landtag NRW – zuletzt mit Antwort vom 28.02.2020 für das Jahr 2019.

Der am 09.06.2020 veröffentlichte Jahresbericht 2019 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) zeigt, dass in Deutschland insbesondere die Zahl rassistischer Diskriminierungen zugenommen hat. Laut Bericht stieg die Zahl der Beratungsanfragen zu Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft bzw. rassistischen Zuschreibungen 2019 um knapp zehn Prozent auf 1.176 Fälle. Sie machten 33 % aller Anfragen bei der unabhängigen Antidiskriminierungsstelle aus. Noch 2016 habe ihr Anteil bei nur 25 % gelegen. Seit 2015 (545 gemeldete Fälle) habe sich ihre Zahl sogar mehr als verdoppelt.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 17.06.2020 anlässlich der Innenministerkonferenz vom 17. – 19. Juni 2020 in Erfurt forderten Flüchtlingsorganisationen und Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.) sowie die Amadeu Antonio Stiftung die Innenministerinnen und -senatorinnen auf, den längst überfälligen Paradigmenwechsel in der Bekämpfung von Rassismus zu vollziehen. Das Bündnis fordert unter anderem eine Kehrtwende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Zahlreiche Asyl- und Aufenthaltsrechtsverschärfungen der letzten Jahre und die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Migrantinnen durch viele Innenministerinnen und Politikerinnen hätten rassistischer Hetze Vorschub geleistet. Gemeinsam appellierten die Initiativen und Organisationen an die Innenministerinnen und -senatorinnen, ihrer Verantwortung nachzukommen, entschieden gegen Rassismus in Behörden vorzugehen und bundesweit einheitliche Regelungen für ein Bleiberecht für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu schaffen.

Über die Innenministerkonferenz berichten wir in diesem Newsletter ausführlich. Weitere Themen sind der Weltflüchtlingstag, und die anlässlich dessen vom UNHCR veröffentlichten weltweiten Flüchtlingszahlen für das Jahr 2019 sowie unsere Forderung, Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge angesichts der Gesundheitsgefährdung durch Corona aufzulösen.

Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse initiativen@fnrw.de. Unter www.fnrw.de könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.

Weltflüchtlingstag: UNHCR veröffentlicht weltweite Flüchtlingszahlen

Anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20.06.2020 hat das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) am 18.06.2020 den jährlichen Weltflüchtlingsbericht „Global Trends“ herausgegeben. Daraus geht hervor, dass zum Jahresende 2019 79,5 Millionen Menschen, das sind knapp neun Millionen mehr als im Vorjahr, auf der Flucht vor Verfolgung, Konflikten und Gewalt waren. Das UNHCR vermeldet damit einen neuen Höchststand von registrierten Flüchtlingen. Davon seien 2019 insgesamt 45,7 Millionen Binnenvertriebene, also innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht. Hinzu kämen weltweit 33,8 Millionen Menschen, die in ein anderes Land flüchten mussten. Die meisten von ihnen lebten im direkten Nachbarland (73 Prozent). 85 Prozent aller Flüchtlinge fanden in ärmeren Ländern Schutz,



weniger als 10 Prozent in Europa. Die meisten von ihnen lebten im direkten Nachbarland (73 Prozent). 85 Prozent aller Flüchtlinge fanden in ärmeren Ländern Schutz, weniger als 10 Prozent in Europa.

Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der 79,5 Millionen Flüchtlinge kamen aus fünf Herkunftsländern: 6,6 Millionen aus Syrien, 3,7 Millionen aus Venezuela, 2,7 Millionen aus Afghanistan, 2,2 Millionen aus dem Südsudan und 1,1 Millionen aus Myanmar.

Foto: UNHCR

Die meisten Flüchtlinge lebten in der Türkei mit 3,6 Millionen, gefolgt von Kolumbien mit 1,8 sowie Pakistan und Uganda mit jeweils etwa 1,4 Millionen. Deutschland stehe mit 1,1 Mill. Flüchtlingen an fünfter Stelle. Umgerechnet auf „Pro Kopf der Bevölkerung“ sei in der Türkei jede 23. Einwohnerin ein Flüchtling; in Jordanien jede 15., in Curacao jede 10. und im Libanon sogar jede 7. Einwohnerin.

In seiner Pressemitteilung vom 18.06.2020 warnt das UNHCR, dass die Chancen von Flüchtlingen auf ein rasches Ende ihrer Notlage zunehmend schwinden. In den neunziger Jahren hätten noch jedes Jahr durchschnittlich 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Hause zurückkehren können, in den letzten zehn Jahren sei diese Zahl jedoch auf rund 390 000 gesunken. Es gebe also ein massives Ungleichgewicht zwischen Vertreibung und Lösungen.

Filippo Grandi, Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, äußert in der Pressemitteilung: „Von den Betroffenen kann nicht erwartet werden, jahrelang in Ungewissheit zu leben, ohne die Chance auf eine Rückkehr und ohne Hoffnung auf eine Zukunft an ihrem Zufluchtsort. Wir brauchen eine grundlegend neue und positivere Haltung gegenüber allen, die fliehen – gepaart mit einem viel entschlosseneren Bestreben, Konflikte, die jahrelang andauern und die Ursache dieses immensen Leidens sind, zu lösen.“

UNHCR: Dramatischer Anstieg weltweit. Rekordwert bei Menschen auf der Flucht (18.06.2020)

Weltflüchtlingstag: Flüchtlingsrat NRW fordert aktiven Einsatz für Schutzsuchende weltweit

Anlässlich des Weltflüchtlingstags hat der Flüchtlingsrat NRW in einer Pressemitteilung vom 19.06.2020 kritisiert, dass die Europäische Union, die Bundesregierung und die Landesregierung Nordrhein-Westfalens trotz des Höchststands an Flüchtlingen weltweit weiterhin auf Abschottung und Ausgrenzung setzten und versuchten, die hiesigen Flüchtlingszahlen möglichst gering zu halten. Regelmäßig komme es an den Außengrenzen der EU zu rechtswidrigen Pushbacks unter Anwendung von Gewalt. Der Flüchtlingsrat NRW wies darauf hin, dass auch der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul die Aufrüstung an den EU-Außengrenzen unterstütze. Dies habe er zuletzt im März 2020 mit seinem Angebot, die Grenzschutzagentur Frontex durch den Einsatz von NRW-Bediensteten zur gewaltsamen Abwehr von Schutzsuchenden an der griechisch-türkischen Grenze weiter zu stärken, verdeutlicht. Auch in der Abschiebungsdebatte nehme Reul „kein Blatt vor den Mund“. So habe er bereits 2019 im Vorfeld der Innenministerkonferenz (IMK) Abschiebungen nach Syrien öffentlich in Erwägung gezogen. Es stehe zu befürchten, dass Reul diesen Standpunkt auch bei der IMK im Juni 2020 vertreten habe, bei der die skandalöse Diskussion über Abschiebungen in extrem unsichere Länder wieder auf dem Programm stand.

Der Flüchtlingsrat NRW kritisierte außerdem, dass die bisherige Zusage der Bundesregierung zur Aufnahme von einigen wenigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus Griechenland absolut unzureichend sei. NRW könnte durch ein Landesaufnahmeprogramm weiteren Flüchtlingen das unmenschliche Leid in den griechischen Elendslagern ersparen. Dass im Flüchtlingsbereich in NRW auch sonst nicht die Bedürfnisse oder gar die rechtlichen Ansprüche der Schutzsuchenden im Vordergrund stünden, zeige sich aktuell im Umgang mit der Corona-Pandemie. Schutzsuchende würden auf Landesebene weiterhin in großen Sammelunterkünften untergebracht, obwohl es seit Monaten immer wieder zu hohen Infektionszahlen komme. „Es braucht einen Paradigmenwechsel vom Grenzschutz hin zum Menschenschutz“, so Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW. „Die universellen Menschenrechte müssen flüchtlingspolitisches Grundprinzip sein. Die unfassbaren Zahlen des UNHCR zeigen noch einmal mehr auf, wie wichtig effektiver Flüchtlingsschutz, würdige Bedingungen und Teilhabemöglichkeiten für Schutzsuchende sind.“

FR NRW: Zum Weltflüchtlingstag. Flüchtlingsschutz hier und jetzt! Flüchtlingsrat NRW fordert aktiven Einsatz für Schutzsuchende weltweit (19.06.2020)

Bundesweites Abschiebungsmoratorium während COVID-19-Pandemie gefordert

PRO ASYL, Landesflüchtlingsräte und „Jugendliche ohne Grenzen“ haben anlässlich der Innenministerkonferenz (IMK) in Erfurt in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 15.06.2020 ein bundesweites Abschiebungsmoratorium für Dublin-Überstellungen und Abschiebungen in Drittländer während der Corona-Pandemie gefordert.

Mit Aufhebung der innereuropäischen Reisebeschränkungen sind auch Dublin-Überstellungen seit Mitte Juni grundsätzlich wieder möglich. In vielen europäischen Ländern sei die Situation für Flüchtlinge jedoch bereits vor der COVID-19-Pandemie äußerst prekär gewesen; so drohe beispielsweise in Italien vielen rücküberstellten Asylsuchenden unabhängig von Corona die Obdachlosigkeit. Schutzsuchende, deren Überstellungsfristen Corona-bedingt nicht eingehalten werden konnten, seien in nationale Asylverfahren zu übernehmen. Das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht (VG) hatte bereits Mitte Mai geurteilt, dass ein Hinauszögern der Überstellungsfristen in Dublin-Verfahren aufgrund der Pandemie europarechtswidrig sei.



Foto: PRO ASYL

Außereuropäische Länder des globalen Südens stünden in vielen Fällen erst am Beginn der COVID-19-Pandemie oder seien, wie in Iran, von einer zweiten Infektionswelle bedroht. Die Pandemie habe weitreichende Folgen auf die wirtschaftliche, politische und humanitäre Situation vor Ort. In Afghanistan drohe derzeit das Ausbrechen einer Hungersnot; im Irak habe die Terrororganisation „Islamischer Staat“ wieder mehr Macht und Einfluss gewonnen. Trotz Pandemie-Lage würden erste Abschiebungen bereits wieder stattfinden. Ein Beispiel dafür sei die Abschiebung einer Roma-Familie mit ihrem behinderten Kind am 26.05.2020 von Gütersloh nach Serbien.

PRO ASYL u.a.: Kein »business as usual« bei Abschiebungen während einer Pandemie! (15.06.2020)

Innenministerkonferenz in Erfurt – Jugendliche ohne Grenzen: Joachim Herrmann zum Abschiebeminister 2020 gewählt

Auf ihrer sogenannten Frühjahrskonferenz vom 17.06. bis zum 19.06.2020 in Erfurt erörterten die Innenministerinnen und -senatorinnen von Bund und Ländern auch verschiedene flüchtlings- und migrationspolitische Themen. Unter anderem stand die Diskussion über eine Wiederaufnahme von Abschiebungen nach Syrien auf dem Programm. Die Landesflüchtlingsräte, PRO ASYL u.a. Flüchtlingsorganisationen kritisierten dieses Anliegen scharf. Laut SWR vom 15.06.2020 demonstrierten mehrere Dutzend Menschen vor dem rheinland-pfälzischen Innen- und vor dem Integrationsministerium für eine Verlängerung des Abschiebungsstopps nach Syrien. „Wir können niemanden in so ein Terrorland abschieben“, erklärte der Mainzer Arzt Gerhard Trabert im SWR, der nach eigenen Angaben in den vergangenen Jahren mehrfach zu Hilfseinsätzen nach Syrien gereist ist. Zusätzlich zu den unmittelbaren Kriegsoptionen seien 300.000 Menschen ums Leben gekommen, weil das Gesundheitswesen von den Konfliktparteien teilweise gezielt zerstört worden sei. In einer Pressemitteilung vom 19.06.2020 zum Abschluss der IMK weist das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales darauf hin, dass man sich „aus humanitären Gründen“ dafür ausgesprochen habe, den Abschiebungsstopp nach Syrien bis zum 31.12.2020 zu verlängern. Spiegel Online berichtete am gleichen Tag, aus einem Bericht des Auswärtigen Amtes für die IMK gehe hervor, dass im Bürgerkriegsland Syrien keine Region als sicher gelte.

Bereits seit geraumer Zeit setzen sich viele Flüchtlingsinitiativen und -organisationen dafür ein, dass Menschen aus den überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland in Deutschland aufgenommen werden. PRO ASYL, der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF), Jugendliche ohne Grenzen und die Landesflüchtlingsräte kritisierten in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 16.06.2020 im Vorfeld der IMK, dass die Aufnahmezusage von bis zu 400 Minderjährigen und ihrer Angehörigen aus den griechischen Elendslagern nach Deutschland nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Die Kapazitäten der EU-Hotspots seien um ein Vielfaches überschritten. Dort hausten 31.891 Schutzsuchende bei einer Kapazität von 6.095 Plätzen, so der Stand vom 05.06.2020. Es gebe weder ausreichende sanitäre Anlagen noch eine funktionierende Gesundheitsversorgung.

In ihrer Pressemitteilung vom 19.06.2020 zum Abschluss der IMK erklärten die Innenministerinnen und -senatorinnen, dass sie mit Blick auf die Flüchtlingssituation in Griechenland die Zielsetzung der EU unterstützten, „innerhalb einer Koalition williger Mitgliedstaaten durch die Aufnahme in Not geratener Flüchtlinge, besonders Angehöriger vulnerabler Gruppen wie Minderjähriger Solidarität mit Griechenland zu zeigen.“ Deutschland habe sich im Rahmen der Umverteilung von Asylsuchenden aus Griechenland in der Vergangenheit und aktuell solidarisch gezeigt. Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius erklärte: „Es ist wichtig, dass wir weiter im Blick haben, was an den europäischen Außengrenzen, etwa auf den Ägäis-Inseln, aber auch in Italien oder Spanien passiert. Wir sind uns einig, dass Deutschland helfen muss, wenn Kinder unter elenden Umständen leben müssen, wie auch aktuell noch auf den griechischen Ägäis-Inseln.“ Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, gab bekannt, dass man in diesem Jahr knapp 250 Kinder mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland holen werde.

Amnesty International hat in diesem Zusammenhang den Appell „Jetzt Menschen aus den Lagern in Griechenland evakuieren!“ an die Bundeskanzlerin Angela Merkel gestartet, der von Einzelpersonen und Initiativen unterzeichnet werden kann.

Zeitgleich zur Frühjahrskonferenz organisiert „Jugendliche ohne Grenzen“ (JoG) seit Jahren einen Gala-Abend, auf dem u. a. der Negativpreis „Abschiebeminister des Jahres“ vergeben wird. JoG erklärte in einer Pressemitteilung vom 17.06.2020,



dass der bayerische Innenminister Joachim Herrmann zum „Abschiebeminister 2020“ gewählt worden sei. In einem Online-Voting habe sich Herrmann mit 28,9 % Prozent der Stimmen knapp gegen Berlins Innensenator Andreas Geisel (24,3 %) und den Innenminister Holger Stahlknecht aus Sachsen-Anhalt (18,2%) „durchgesetzt“.

Foto: JoG

„Um eine junge Frau nach Togo abzuschicken, war Joachim Herrmann kein Weg zu schwer. Er bezahlte trotz Corona ein ganzes komplettes Flugzeug nur für die Abschiebung, besorgte eine Sondergenehmigung für den gesperrten Flughafen in Togo und einen Platz in einem Hotel für 2 Wochen Quarantäne. Allein deshalb hat er den Preis mehr als verdient“, erklärte Zuhra Hassanzada von Jugendliche ohne Grenzen. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul aus NRW landete mit 16,5% der Stimmen auf dem vierten Platz.

[PRO ASYL u.a.: #SyriaNotSafe. Unbefristeter Abschiebestopp für den Folterstaat Syrien! \(12.06.2020\)](#)

[PRO ASYL u.a.: Appell an die Innenminister*innen. Landesaufnahmeprogramme für Flüchtlinge jetzt! \(16.06.2020\)](#)

[Spiegel Online: Aus humanitären Gründen. Innenminister verlängern Abschiebestopp für Syrien \(19.06.2020\)](#)

[Amnesty International: Jetzt Menschen aus den Lagern in Griechenland evakuieren!](#)

[Jugendliche ohne Grenzen: Gala-Abend für Flüchtlingsrechte. Innenministerkonferenz in Erfurt: Joachim Herrmann zum Abschiebeminister 2020 gewählt \(17.06.2020\)](#)

Gesundheitsgefährdung durch Corona: Flüchtlinge müssen sofort raus aus den Massenunterkünften!

Verschiedene Medien, z. B. die Tagesschau am 10.06. und die taz am 11.06.2020, berichteten, dass das Robert-Koch-Institut (RKI) bereits am 07.05.2020 einen Entwurf zu Handlungsempfehlungen zur Prävention von COVID-19-Infektionen in Gemeinschaftsunterkünften vorgelegt habe. Diese lägen den Redaktionen vor, seien bisher aber noch nicht offiziell veröffentlicht worden. Die taz berichtete, dass das RKI in seinen Empfehlungen warne, dass das Übertragungsrisiko in Gemeinschaftsunterkünften „besonders hoch [sei], da hier viele Menschen auf engem Raum zusammenleben und Wohn-, Ess- und Sanitärräume gemeinsam nutzen“. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat erklärte in einer Pressemitteilung vom 11.06.2020, in der auch der Entwurf der Handlungsempfehlungen des RKI verlinkt wurde, dass sich die Empfehlungen in weiten Teilen mit den Forderungen der Landesflüchtlingsräte deckten. Das RKI habe in seinem Papier ausdrücklich formuliert, dass die geltenden Kontaktbe-



schränkungen des Bundes sowie der Länder gegen eine Ausbreitung der Corona-Pandemie auch für Menschen in Gemeinschaftsunterkünften umsetzbar sein müssten.

Foto: PRO ASYL

Dass Asylsuchende in Gemeinschaftsunterkünften in erhöhtem Maße einem Risiko ausgesetzt sind, an Covid-19 zu erkranken, ist auch das Ergebnis der am 29.05.2020 veröffentlichten Studie „SARS-CoV-2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Epidemiologische und normativ-rechtliche Aspekte“ des aus über 25 wissenschaftlichen Fachgesellschaften aus dem Bereich Public Health bestehenden Kompetenznetzes Public Health COVID 19. Coronaschutzkonform müssten Flüchtlinge möglichst dezentral bzw. bei zentraler Unterbringung in Einzelzimmern oder kleinen Wohneinheiten untergebracht werden. Dies sei aus epidemiologischer und normativ-rechtlicher Sicht die beste Präventionsmaßnahme. Besondere Schutzbedürfnisse seien frühzeitig zu ermitteln. Spätestens im Fall eines Ausbruchs sollten geeignete Maßnahmen (sofortiger Transfer, Einzelunterbringung) eingeleitet werden. Normativ-rechtlich sei die Kollektivquarantäne hoch problematisch und ausnahmslos zu vermeiden. Auch das UNHCR hatte laut Tagesschau vom 07.06.2020 eine möglichst dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen gefordert.

Diesen Erkenntnissen zum Trotz und obwohl es in den letzten Monaten bereits mehrfach zu Masseninfektionen mit dem Corona-Virus in Gemeinschaftsunterkünften kam, werden Asylsuchende in NRW weiterhin in den großen Landesaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Der Flüchtlingsrat NRW hatte bereits am 19.03.2020 in einer Pressemitteilung angesichts der Corona-Pandemie erhöhte und umfassende Schutzmaßnahmen für Asylsuchende in Gemeinschaftsunterkünften sowie für das dortige Personal gefordert. Das Land solle die Anzahl der Personen in den Massenunterkünften deutlich reduzieren und möglichst viele Menschen dezentral in den Kommunen unterbringen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat demgegenüber die Zuweisungen von Flüchtlingen in die Kommunen bis zum 05.05.2020 komplett ausgesetzt und die Asylsuchenden in

den großen Landesunterkünften festgehalten. Am 22.05.2020 forderte der Flüchtlingsrat mit anderen Organisationen und Verbänden sowie Einzelpersonen aus NRW in dem gemeinsamen Appell „Infektionsschutz für alle!“ die Landesregierung abermals auf, die Massenunterbringung von Asylsuchenden in Landeseinrichtungen endlich zu beenden. Auf diesen Appell verweist der Flüchtlingsrat in einem offenen Brief vom 10.06.2020 an den Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, Dr. Joachim Stamp. Man sehe zwar die Bemühungen des Landes, durch eine Erweiterung der Kapazitäten eine gewisse Entzerrung in der Belegung herbeizuführen. Diese Maßnahmen seien jedoch weder ausreichend, noch seien sie rechtzeitig erfolgt. Die Folgen, etwa die hohe Zahl an Coronainfektionen, die mehrfachen und wiederholten Teil- und Vollquarantänemaßnahmen und die starke Verunsicherung unter den Schutzsuchenden, zeigten dies deutlich. Auf die in seinem offenen Brief geäußerte Bitte des Flüchtlingsrates NRW um eine Stellungnahme bis zum 17.06.2020 zu den im Appell vorgeschlagenen Maßnahmen bzw. um Erläuterung, wie das Land dafür Sorge tragen wird, einen effektiven Schutz der Asylsuchenden in Landesaufnahmeeinrichtungen zu gewährleisten und weitere Quarantänemaßnahmen zu vermeiden, erfolgte bislang keine Reaktion seitens des Landes.

Tagesschau.de: Flüchtlingsunterkünfte. Gefährlich wie ein Kreuzfahrtschiff (10.06.2020)

Taz: RKI zu Corona in Flüchtlingsunterkünften. Massenquarantäne vermeiden (11.06.2020)

Flüchtlingsrat Niedersachsen: RKI-Papier zur Prävention in Gemeinschaftsunterkünften:

Lange bekannte Empfehlungen werden von Behörden bewusst missachtet (11.06.2020)

Public Health COVID 19:

SARS-CoV-2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete (29.05.2020)

FRNRW: Flüchtlingsrat NRW fordert weitgehende Maßnahmen zum Schutz von Schutzsuchenden und Personal in Unterkünften zur Eindämmung der Pandemie (19.03.2020)

FRNRW u.a.: Infektionsschutz für alle! (22.05.2020)

FRNRW: Offener Brief zum Appell "Infektionsschutz für alle!" (10.06.2020)

Bundesverkehrsministerium will Seenotrettung verhindern – Pushbacks der griechischen Küstenwache auf dem Mittelmeer

Die taz berichtete am 09.06.2020 über die Kritik von Mission Lifeline, Resqship, Mare Liberum und Sea-Watch an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer von der CSU, der mit einer verkehrspolitischen Rechtsreform die private Seenotrettung verhindern wolle. Bereits im März habe Scheuer die Schiffssicherheitsverordnung und die See-Sportboot-Verordnung dahingehend geändert, dass für „Seenotrettung“ eingesetzte Boote nunmehr ein Sicherheitszeugnis benötigen. Weil dies auch außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik gelte, hätten andere EU-Staaten die Möglichkeit, private Seenotretterinnen aus Deutschland in ihren Häfen am Auslaufen zu hindern. Die Seenotrettungs-Organisationen erklärten, dass die Seenotrettung mit vorgeschobenen Sicherheitsbedenken blockiert werde. Seit der Gründung der ersten Seenot-Organisation im Jahr 2015 habe es keinen einzigen Unfall auf den Schiffen gegeben. „Das Verkehrsministerium schafft damit auch aus moralischer Sicht

einen neuen Tiefpunkt“, erklärte Steffen Seyfert von Resqship. Es seien gerade die zivilen Organisationen, die für mehr Sicherheit auf See sorgten.



Foto: Sea Watch e.V

Die Tagesschau vom 16.06.2020 berichtete über Recherchen von Report Mainz, Lighthouse Reports und dem „Spiegel“, die zeigten, dass die griechische Küstenwache Flüchtlinge auf aufblasbaren Rettungsinseln in der Ägäis aussetze. In einem Fall dokumentiere ein Video eine entsprechende rechts-widrige Aktion am 13.05.2020. Am 04.06.2020 hätten maskierte Männer ein Boot attackiert, um eine Ankunft in Griechenland zu verhindern. Das dabei verwendete Schlauchboot sei der griechischen Küstenwache zuordnen. Die migrationspolitische Sprecherin der Grünen, Luise Amtsberg, sieht laut Tagesschau auch eine Mitverantwortung der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Diese werde mit eigenen Booten zur Unterstützung der griechischen Küstenwache in der Ägäis eingesetzt. „Die Pushbacks können nicht komplett ohne das Wissen der anderen Einsatzkräfte passieren“, sagte sie.

Taz: Seenotrettung im Mittelmeer: „Neuer moralischer Tiefpunkt“ (09.06.2020)

Tagesschau: Flucht nach Griechenland. Rechtsbruch an der EU-Außengrenze (16.06.2020)

Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW im Mai 2020

Der Flüchtlingsrat NRW setzt sein Onlineschulungsangebot fort und bietet im Juli 2020 folgende Veranstaltungen an:

07.07.2020, 17:00 – 20:00 Uhr: „Flüchtlingspolitik praktisch – Möglichkeiten der Einflussnahme vor Ort“ (Online-Schulung). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

14.07.2020, 17:00 – 20:00 Uhr: „Basisseminar Asylrecht“ (Online-Schulung). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

15.07.2020, 17:00 – 20:00 Uhr: „Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt in NRW“ (Online-Schulung). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

20.07.2020, 17:00 – 18:30 Uhr: „Praktische Probleme beim Familiennachzug zu Unbegleiteten Minderjährigen“ (Online-Austausch). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

21.07.2020, 17:00 – 18:30 Uhr: „Kommunalwahlen 2020 – Flüchtlingspolitisches Engagement vor Ort“ (Online-Austausch). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

22.07.2020, 17:00 – 18:30 Uhr: „Engagement für und mit geflüchtete(n) Frauen“ (Online-Austausch). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

23.07.2020, 17:00 – 18:30 Uhr: Engagement in ländlichen Räumen (Online-Austausch). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

30.07.2020, 17:00 – 18:30 Uhr: Möglichkeiten der Aufenthaltssicherung für Geduldete (Online-Austausch). Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Der Flüchtlingsrat NRW freut sich über eine rege Teilnahme.

Weitere Termine:

Köln, 19.06. – 04.07.2020: Foto-Ausstellung von Mohamad Al Roumi: „Lehm & Wasser – Mesopotamien, Naturlandschaften in der Region Raqqa“. Jeweils 11:00 – 20:00 Uhr, Alte Feuerwache Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln. Weitere Informationen auf [Alte Feuerwache Köln](#).

Köln, 25.06.2020: Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit NRW: „Antidiskriminierung und AGG für migrationsbezogene Beratung“. 10:00 – 17:00 Uhr, IN VIA Zentrum, Stolzestraße 1a, 50684 Köln. Weitere Informationen auf [ARIC NRW](#).

Online-Austausch, 26.06.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Neue Engagierte finden und behalten“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Webinar, 26.06.2020: ECPAT „Handel mit und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Migrations- und Asylkontext“. 10:00 – 11:30 Uhr. Weitere Informationen auf [ECPAT Deutschland e.V.](#)

Online-Kurzschulung, 29.06.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Inhaltliche Argumentation gegen Vorurteile über Flüchtlinge“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 30.06.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Ehrenamtlich die Isolation in Landesunterkünften durchbrechen“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Webinar, 01.07.2020: AWO Dortmund Integrationsagentur/Amadeu Antonio Stiftung: „Umgang mit Parolen – in und außerhalb des Netzes“. Ab 13:00 Uhr. Weitere Informationen auf [AWO Dortmund](#).

Webinar, 02.07.2020: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Nordrhein-Westfalen: „Europa weiterdenken in NRW: Welche Ziele hat die Migrations- und Asylpolitik der EU? – Modul 1: Ziele und rechtliche Grundlagen europäischer Migrations- und Asylpolitik“. Ab 17:30 Uhr. Weitere Informationen auf [FES Landesbüro NRW](#).

Köln, 02.07.2020: AWO Kreisverband Köln: „Nähe und Distanz – Ein Workshop für Ehrenamtliche und Hauptamtliche in der Arbeit mit Geflüchteten“. 15:00 – 19:00 Uhr, Bildungswerk AWO Kreisverband Köln, Rubensstraße 7-13, 50676 Köln. Weitere Informationen auf [AWO Köln](#).

Webinar, 03.07.2020: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Nordrhein-Westfalen: „Europa weiterdenken in NRW: Welche Ziele hat die Migrations- und Asylpolitik der EU? -Modul 2: Konsequenzen europäischer Migrations- und Asylpolitik & mögliche solidarische Alternativen“. Ab 18:00 Uhr. Weitere Informationen auf [FES Landesbüro NRW](#).

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.frnrw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum